

Die Rezession hat Deutschland erfasst

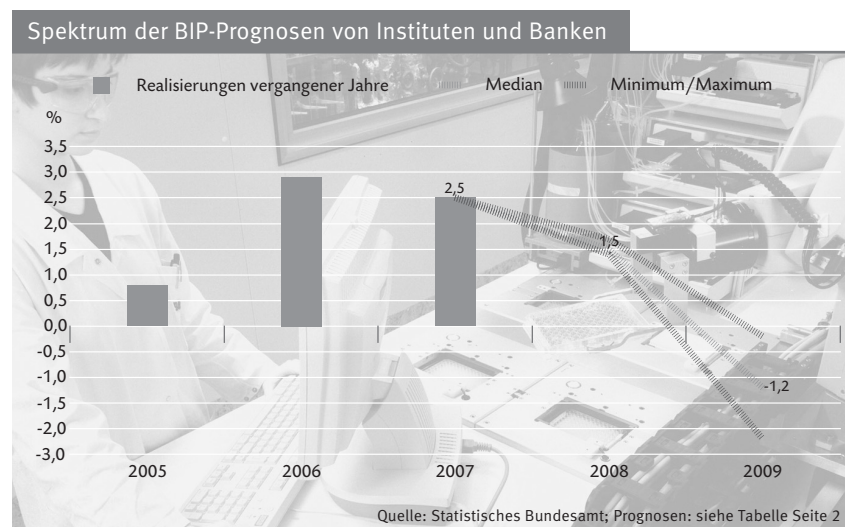
Die Wirtschaftskrise ist mit voller Wucht in Deutschland angekommen. Die Auftragseingänge aus dem In- und Ausland gehen dramatisch zurück. Die Unternehmen haben Produktions- und Einstellungsstopps angekündigt. Aktuelle Konjunkturprognosen zeigen, dass ein schnelles Ende der Krise nicht zu erwarten ist.

Das Statistische Bundesamt weist in seiner ersten detaillierten Veröffentlichung zur Wirtschaftsleistung im dritten Quartal 2008 einen Rückgang des preis-, saison- und kalenderbereinigten Bruttoinlandsproduktes (BIP) um 0,5 v.H. gegenüber dem Vorquartal aus. Dieser deutliche Einbruch der Wirtschaftsleistung wurde bereits in der Schnellschät-

Quartalsvergleich um 1,4 v.H. einen starken Start in das Jahr versprochen hatte, weckte der Rückgang um 0,4 v.H. im folgenden Quartal bereits Zweifel an der Widerstandskraft der Realwirtschaft gegenüber der Finanzmarktkrise. Nach dem zweiten Rückgang des BIP in Folge sind die Voraussetzungen für eine technische Rezession erfüllt. Die Erwartun-

len vom Statistischen Bundesamt zum Anlass, seine Prognosen kurzfristig nach unten zu revidieren.

Diese aktuelle Datenveröffentlichung folgte nahtlos auf eine Reihe von Hiobsbotschaften aus allen Bereichen der Volkswirtschaft. Sie legen allesamt nahe, dass die Finanzmarktkrise bereits massive Auswirkungen auf die Realwirtschaft hat. Zahlreiche Frühindikatoren, wie Geschäftsklimaindizes und Auftragseingänge, befinden sich bereits seit Monaten im freien Fall, und aus einer Reihe von Unternehmen lassen sich pessimistische Aussagen zur weiteren Geschäftsentwicklung vernehmen. Dies hatte zur Folge, dass sich die Konjunkturerwartungen der Experten seit Sommer kontinuierlich nach unten bewegen. Wurde in der Juni-Ausgabe der Wachstums- und Konjunkturanalysen noch ein Median der Prognosen für die BIP-Entwicklung für 2009 in Höhe von 1,4 v.H. und im September von 1,1 v.H. ermittelt, wird jetzt von den Experten mit einem Rückgang des BIP



zung Mitte November vorweggenommen, was zum damaligen Zeitpunkt selbst die größten Pessimisten überraschte, die zuvor von einer Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung ausgegangen waren. Nachdem das erste Quartal auf Grund von Sondereffekten wie dem milden Wetter und dem Auslaufen von Abschreibungsmöglichkeiten noch mit einem Anstieg des BIP im

gen für das kommende Jahr haben sich in den vergangenen Wochen ebenfalls deutlich eingetrübt: Sämtliche Prognosen, die seit Erscheinen der Zahlen für das dritte Quartal publiziert wurden, gehen von einem deutlichen Rückgang der Wirtschaftsleistung im kommenden Jahr aus. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nahm die neuen Zah-

IN DIESER AUSGABE

- Die Rezession hat Deutschland erfasst . . 1
- Die voraussichtliche Lage in der EWU . . . 3
- ZEW-Finanzmarkttest: Ergebnisse der Novemberumfrage 2008. 4
- Dienstleister der Informationsgesellschaft: ZEW-IDI fällt auf historischen Tiefstand . . . 5
- Zehn Jahre Euro: Neues zu den Handlungseffekten der Gemeinschaftswährung . . . 6
- Stigmatisierungseffekte bei Arbeitslosigkeit 8
- Maßzahlen zur Erfassung internationaler Konjunkturzusammenhänge 10
- Über Krisen und Konjunkturprogramme . . 12

um -1,2 v.H. gerechnet. Gleichzeitig haben sich die Erwartungen für das aktuelle Jahr deutlich verringert. Innerhalb der vorangegangenen drei Monate sank der Median von 2,3 v.H. auf nur noch 1,5 v.H.

Kein schnelles Überwinden der Krise

Der Einbruch der konjunkturellen Entwicklung in Deutschland ist zweifellos eine direkte Folge der Finanzmarktkrise. Dabei trifft die Finanzmarktkrise, deren primäre Ursachen bekanntlich nicht in Deutschland, sondern an den Immobilienmärkten in den Vereinigten Staaten und einigen weiteren Ländern zu suchen sind, die Realwirtschaft über verschiedene Kanäle. Zum einen ist bereits im dritten Quartal der Außenbeitrag eingebrochen, da auf Grund der abgekühlten weltwirtschaftlichen Konjunktur die Nachfrage nach Exportgütern deutlich zurückgegangen ist. Nachdem die Exporte in der Vergangenheit häufig noch den Hauptbeitrag zum Anstieg des BIP geliefert hatten, werden diese nun bereits deutlich von den Importen übertroffen, so dass der Beitrag zum BIP negativ geworden ist. Die inländische Verwendung konnte sich hingegen im abgelaufenen Quartal noch behaupten. Der private Konsum und die Bruttoanlageinvestitionen lieferten einen

leicht positiven Beitrag. Jedoch erwarten die Experten insbesondere für die Investitionen im weiteren Jahresverlauf einen deutlichen Einbruch, wenn sich die Folgen der Finanzmarktkrise hier noch deutlicher niederschlagen. Zum einen werden die Unternehmen auf Grund ihrer verschlechterten Geschäftserwartungen die Investitionstätigkeit herunterfahren. Zum anderen besteht die Gefahr, dass ihnen eine verringerte Kreditvergabe der Banken die Finanzierung erschwert. Diese Risiken spiegeln sich bereits in Tiefständen wider, die verschiedene Geschäftsklimaindikatoren, wie beispielsweise derjenige der Europäischen Kommission, anzeigen.

Die genannten Faktoren dürften die deutsche Konjunktur noch bis weit in das nächste Jahr belasten. Als Stütze der konjunkturellen Entwicklung dürfte sich hingegen insbesondere der öffentliche Konsum, aber auch der private Konsum erweisen. Der Hauptgrund für eine stabile Konsumbereitschaft der privaten Haushalte liegt neben höheren Tarifabschlüssen im laufenden Jahr in der spürbaren Entlastung auf Grund der zuletzt stark gesunkenen Rohstoffpreise. Zudem profitiert der Konsum von der bis zuletzt gestiegenen Beschäftigung, die im Oktober erstmals seit 1992 zu einem Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl unter drei Millionen geführt hat. Jedoch

wird dieser Effekt wohl mit dem Jahreswechsel auslaufen und es im kommenden Jahr wieder zu einem leichten Abnahme der Beschäftigung kommen. Der jüngste Anstieg des GfK-Konsumklimaindikatoren im November deutet zwar auf eine aktuell noch robuste Kaufneigung hin, jedoch dürfte diese im neuen Jahr deutlich zurückgehen.

Inflation geht zurück

Der Inflationsdruck nimmt im Zuge der sinkenden Rohölpreise bereits spürbar ab. Im Oktober ist die Jahresveränderungsrate der Verbraucherpreise zum dritten Mal in Folge gesunken, sie wird jedoch im Jahresmittel auf Grund der starken Preisanstiege bis zum Sommer nur knapp unter 3 v.H. liegen. Im kommenden Jahr ist jedoch ein wesentlich stärkerer Rückgang zu erwarten, wenn zusätzlich zu sinkenden Rohstoffpreisen die Effekte der sich bildenden negativen Outputlücke eine dämpfende Wirkung entfalten werden. In unserer Prognoseübersicht zeigt sich, dass unter den Konjunkturbeobachtern inzwischen Einigkeit besteht, dass diese Entwicklungen die Inflation drücken werden. So liegen die Prognosen für die Jahresveränderungsrate in einem Intervall von 0,9 bis 1,4 v.H.

Steffen Osterloh, osterloh@zew.de

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2007, 2008 und 2009

	Statist. BA	ifo		RWI		OECD		Allianz/Dresdner		Deka Bank		Commerzbank	
	2007	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009
BIP, real	2,5	1,5	-2,2	1,5	-2,0	1,4	-0,8	1,6	-0,2	1,7	-1,2	1,4	-1,2
Privater Konsum	-0,4	-0,1	0,6	-0,1	-0,3	-0,6	0,2	-0,3	0,9	-0,5	0,0	-0,4	-0,5
Konsumausgaben des Staates	2,2	2,5	2,0	2,3	2,1	1,9	1,0	1,8	1,9	2,0	1,5	2,4	1,9
Bruttoanlageinvestitionen	4,3	4,6	-4,9	4,6	-5,1	3,6	-2,8	4,0	-1,5	3,9	-5,2	3,8	-6,5
Exporte	7,5	4,0	-5,7	4,7	-1,6	4,2	0,7	4,5	0,4	4,1	-3,6	4,3	0,7
Importe	5,0	4,6	-1,3	4,8	1,0	5,4	2,8	4,4	2,0	3,8	-3,5	3,8	-0,7
Erwerbstätige (in Tsd.)	39.768	40.337	40.018	40.350	40.130	40.285	40.003	40.325	40.325	-	-	40.340	40.310
Veränderung	1,7	1,4	-0,7	1,4	-0,5	1,3	-0,7	1,4	0,0	-	-	1,4	-0,1
Arbeitslose (in Tsd.)	3.776	3.266	3.471	3.265	3.440	-	-	3.260	3.310	3.430	3.530	3.260	3.270
Arbeitslosenquote	9,0*	7,5*	8,0*	7,5**	7,9**	7,4**	8,1**	7,8*	7,8*	7,8*	8,2*	7,8*	7,8*
Preisindex der Lebenshaltung	2,3	2,6	0,9	2,7	0,9	2,9	1,1	2,8	1,4	2,8	1,4	2,7	1,0
Finanzierungsaldo des Staates in v.H. des BIP	-0,2	0,1	-1,4	0,0	-1,1	0,0	-0,9	0,0	-0,8	-1,2	-1,5	-	-

Mit Ausnahme der Arbeitslosenquote und der Anzahl der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen alle Angaben als Veränderung in v.H. gegenüber dem Vorjahr. *Arbeitslosenquote gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. **Arbeitslosenquoten gemessen an den inländischen Erwerbspersonen. Quellen: ifo 11.12.2008, RWI 10.12.2008, OECD 25.11.2008, Allianz/Dresdner 26.11.2008, Deka Bank 25.11.2008, Commerzbank 24.11.2008. Stand:12.12.2008

Die voraussichtliche Lage in der EWU

Gemäß der jüngsten Schnellschätzung von Eurostat ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der Eurozone im dritten Quartal im Vergleich zum Vorquartal um 0,2 v.H. gesunken und hat damit nach einem Rückgang um 0,2 v.H. im zweiten Quartal erneut abgenommen. Vor allem trugen Deutschland und Italien mit einer Minderung des BIP um 0,5 v.H. sowie Frankreich mit einer Reduktion um 0,2 v.H. wesentlich zum schwachen Ergebnis in der Eurozone bei.

Einer von Konjunkturobernen oft genutzten Definition zufolge liegt eine technische Rezession dann vor, wenn zwei aufeinander folgende Quartale eine negative Veränderungsrate des BIP aufweisen. Dies ist demnach in diesem Quartal für die Eurozone erfüllt, obwohl gegenüber dem Vorjahreszeitraum immer noch eine Zunahme des BIP um 0,7 v.H. für die Eurozone vorliegt. Legt man alternative Definitionen einer Rezession zugrunde, so vermehren diese mittlerweile ebenfalls einen Abschwung.

Ein wesentlicher Faktor für den Konjunkturückgang ist sicherlich die Finanzmarktkrise. Sie macht sich am stärksten in der Abschwächung des pri-

vaten Konsums bemerkbar. Insbesondere der Vermögensverlust durch fallende Aktienkurse und Immobilienpreise sowie eine generelle Unsicherheit über die zukünftige konjunkturelle Entwicklung haben sich stark negativ auf die Nachfrage der Haushalte ausgewirkt. Der dämpfende Effekt der Finanzkrise auf die Unternehmenstätigkeit war bisher mäßig, da die Kreditvergabe an Unternehmen noch relativ robust ist. Allerdings schränkt die weltwirtschaftliche Konjunkturschwäche die Absatzfähigkeit der europäischen Wirtschaft stark ein, was sich in einem Rückgang der Exporte ausdrückt. Zudem ist es möglich, dass es in den nächsten Monaten zu einer sowohl die privaten Haushalte als auch die Unternehmen in Europa betreffenden Kreditklemme kommt, hauptsächlich verursacht durch die enorme Unsicherheit an den Finanzmärkten.

Um dieses Szenario sowie eine weitere Abwärtsspirale der Realwirtschaft zu verhindern, gibt es zwei wesentliche Optionen, die den europäischen Staaten zur Verfügung stehen. Erstens haben sich bei einem Treffen der 20 wichtigsten Industrienationen (G20) deren Regie-

rungschefs darauf verständigt, koordiniert fiskalpolitische Hilfsmaßnahmen zu starten, um den Abwärtstrend zu stoppen und die Konjunktur zu stützen. Durch die staatlichen Eingriffe soll im Wesentlichen das Vertrauen der Marktteilnehmer gestärkt und der Geldfluss zwischen Banken und Investoren wieder in Gang gebracht werden. Zweitens besteht die Möglichkeit zur Senkung der Leitzinsen durch die Europäische Zentralbank (EZB), um so die Kreditvergabe zu verbilligen und auf diese Weise Liquidität bereitzustellen und den Geldfluss zwischen Banken und Kreditnehmern anzuregen. Den vergrößerten Zinsspielraum aufgrund der abnehmenden Inflationsgefahr hat die EZB bereits genutzt und senkte den Leitzins um 75 Basispunkte. Für das nächste Frühjahr ist mit einer weiteren Reduktion zu rechnen. Ob der konjunkturelle Tiefpunkt in Europa bereits Anfang nächsten Jahres erreicht wird, wie von einigen Konjunkturobernen vermutet, hängt, neben der Entwicklung der Weltwirtschaft, davon ab, ob die Hilfsmaßnahmen ausreichen, um den Abwärtstrend nachhaltig zu stoppen.

Andreas Sachs, sachs@zew.de

	EWU		Italien		Spanien		Belgien		Österreich		Irland	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009
BIP, real	1,2	0,1	-0,2	-0,5	1,3	-1,0	1,5	0,8	2,0	0,9	-1,3	-0,7
Privater Verbrauch	0,5	0,4	-0,2	-0,6	1,1	-0,5	1,4	0,8	1,0	1,2	-0,5	0,5
Investitionen	1,2	-2,6	-1,3	-1,9	-2,0	-9,1	5,1	2,1	2,2	0,0	-19,8	-19,1
Exporte	3,2	1,1	2,2	1,8	3,1	-1,6	1,8	1,6	4,1	3,1	2,9	2,9
Importe	2,6	0,6	1,1	0,3	1,1	-4,3	3,2	1,5	3,8	2,7	-1,7	-1,2
Verbraucherpreise	3,5	2,2	3,5	2,1	4,3	2,3	4,6	2,4	3,4	2,2	3,3	2,4
Arbeitslosenquote	7,4	8,6	6,9	7,8	10,9	14,2	6,8	7,4	4,9	5,7	5,9	7,7
Beschäftigung	1,0	-0,7	0,8	-0,4	-0,1	-2,3	1,5	-0,2	1,5	0,0	-0,1	-2,3

	Niederlande		Frankreich		Finnland		Portugal		Griechenland		GB (nachrichtlich)	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009
BIP, real	2,25	1,25	0,9	0,0	2,7	2,3	1,2	1,3	3,3	2,7	1,0	-0,9
Privater Verbrauch	1,5	1,0	0,9	0,5	3,1	2,8	1,3	0,7	2,5	2,5	1,8	-3,4
Investitionen	6,5	-2,75	0,4	-2,3	5,1	2,4	1,0	1,2	-1,2	1,6	-3,2	-6,2
Exporte	4,5	3,25	2,2	0,9	3,0	4,7	4,4	4,0	3,6	3,2	1,3	2,0
Importe	4,3	2,5	1,9	0,8	3,6	5,7	3,3	2,1	-1,9	2,5	0,3	-4,4
Verbraucherpreise	2,75	3,3	3,3	1,8	3,1	2,5	3,0	2,5	4,4	3,4	3,8	3,3
Arbeitslosenquote	3,1	3,7	7,3	8,2	6,2	6,5	7,6	8,5	7,6	8,0	5,5	6,8
Beschäftigung	1,5	0,0	1,4	-0,6	2,0	0,2	0,9	-0,5	1,3	0,4	0,8	-1,8

Mit Ausnahme der Arbeitslosenquote alle Angaben als Veränderung in v.H. gegenüber dem Vorjahr. Quellen: Alle: Arbeitslosenquote und Beschäftigung: OECD, Paris. EWU: European Commission, Brussels. Österreich: Wifo, Wien. Spanien: BBVA, Bilbao. Belgien: IRES, Louvain-la-Neuve. Niederlande: CPB, Den Haag. Finnland: Bank of Finland, Helsinki. Frankreich: European Commission, Brussels. Irland: ESRI, Dublin. Italien: Confindustria, Mailand. Portugal: Banco de Portugal, Lissabon. Griechenland: NBG, Paris. GB: NIESR, London. Stand: 03.12.2008

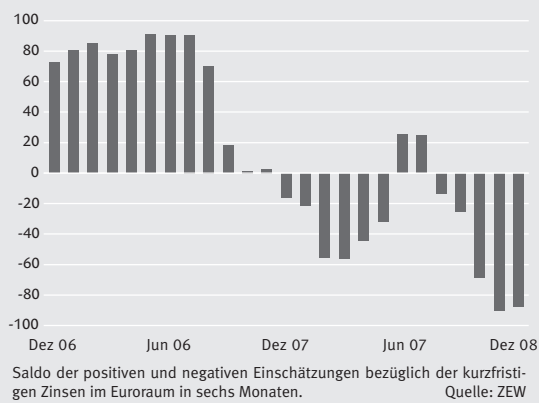
ZEW-FINANZMARKTTTEST

Ergebnisse der Dezemberumfrage 2008

Im ZEW-Finanzmarkttest werden jeden Monat ca. 350 Finanzexperten aus Banken, Versicherungen und großen Industrieunternehmen nach ihren Einschätzungen und Erwartungen bezüglich wichtiger interna-

tionaler Finanzmarktdaten befragt. Die gesamten Ergebnisse der Umfrage vom 24.11. – 8.12.08 wurden im aktuellen ZEW Finanzmarktreport (Redaktionsschluss 12.12.2008) veröffentlicht.

Erwartungen bezüglich kurzfristiger Zinsen

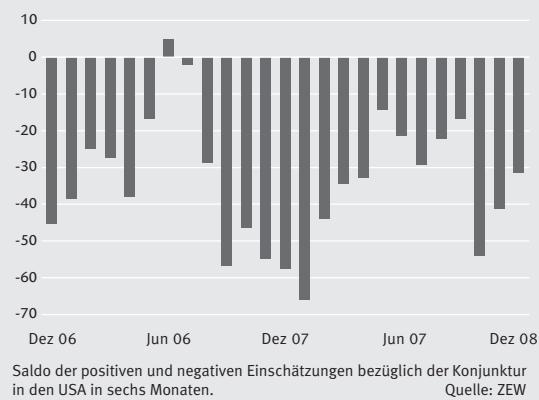


EZB: Weltweite Nachfrageschwäche bewirkt Disinflation

Die Inflationsrate in der Eurozone geht deutlich zurück. Der harmonisierte Verbraucherpreisindex betrug im November nur noch 2,1 v.H., nachdem er im Oktober bei 3,2 v.H. und im August bei 3,8 v.H. gelegen hatte. Verantwortlich hierfür sind primär zurückgehende Preise bei Kraftstoffen, aber auch bei Nahrungsmitteln. Der nachlassende Inflationsdruck sowie die konjunkturelle Schwäche haben die EZB veranlasst, die Zinsen auf 2,5 v.H. zu senken. EZB Präsident Trichet äußerte sich in nicht zu weiteren geldpolitischen Schritten. Üblicherweise bereitet die EZB die Märkte bereits im Vorfeld auf bevorstehende Maßnahmen vor. Die befragten Finanzmarktexperten sehen indessen weiteren Handlungsbedarf. Eine Mehrheit von 90 v.H. rechnet auch für die kommenden sechs Monate mit Zinssenkungen.

Sandra Schmidt

Konjunkturerwartungen Vereinigte Staaten

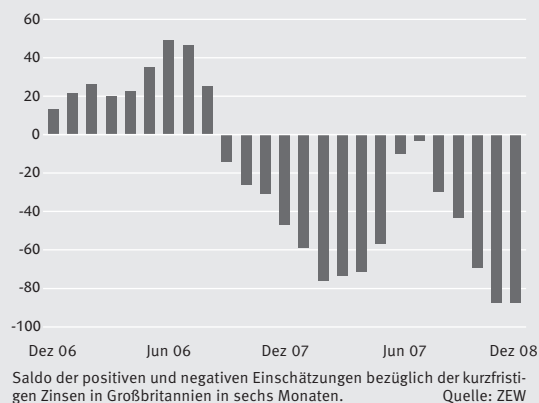


Vereinigte Staaten: Konjunkturerwartungen hellen auf

Die Erwartungen der Experten für die Konjunktur in den USA haben sich im Dezember deutlich verbessert. Der Hauptgrund hierfür ist die Ankündigung eines milliardenschweren Konjunkturpakets durch den neu gewählten Präsidenten Barack Obama. Auch das Rettungspaket für die US-amerikanische Automobilindustrie rückt in greifbare Nähe. Die aktuelle Konjunkturlage wird hingegen von den Finanzmarktexperten schlechter beurteilt. Das spiegelt sich auch im aktuellen Konjunkturbericht Beige Book der Fed wider. Dieser zeichnet ein trübes Bild der US-Wirtschaft. Darauf deutet auch die Entwicklung der Beschäftigung hin. Sollte sich der Beschäftigungsabbau in den kommenden Monaten im gleichen Tempo fortsetzen, droht den USA die höchste Arbeitslosigkeit seit der Rezession in den Jahren 1981 und 1982.

Matthias Köhler

Erwartungen bezüglich kurzfristiger Zinsen



Großbritannien: Experten erwarten Leitzinssenkungen

Die Zinserwartungen der Finanzmarktexperten für das Vereinigte Königreich haben sich trotz der kräftigen Leitzinssenkung der Bank of England im Dezember kaum verändert. Im November hatte die Notenbank die Zinsen deutlich um einen Prozentpunkt gesenkt. Trotzdem rechnen nach wie vor neun von zehn Finanzmarktexperten mit weiteren Zinssenkungen in den nächsten sechs Monaten. Die englischen Notenbanker begründen ihren Zinsschritt mit der stark rückläufigen Inflationsrate. Diese liegt aktuell zwar noch weit über dem Inflationsziel. Angesichts des starken Konjunkturabschwungs in Großbritannien wird aber schon bald mit deutlich niedrigeren Preissteigerungsraten gerechnet. Mehr als drei Viertel von ihnen erwarten, dass die Inflationsrate im Vereinigtes Königreich in den kommenden sechs Monaten weiter zurückgehen wird.

Matthias Köhler

DIENSTLEISTER DER INFORMATIONSGESELLSCHAFT

ZEW-IDI fällt auf historischen Tiefstand

Der ZEW-IDI, der Stimmungsindikator für den Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft, der sowohl die IKT-Dienstleister als auch die wissensintensiven Dienstleister umfasst, fiel im dritten Quartal 2008 auf 52,3 Punkte. Das ist der niedrigste Wert seit der Einführung des Indikators Ende 2003.

Ursache des starken Rückgangs ist die negative konjunkturelle Stimmung bei den IKT-Dienstleistern, zu denen Softwareunternehmen, IT-Dienste, der IKT-Handel und Telekommunikationsdienstleister zählen. Der Stimmungsindikator für diese Teilbranche fiel im dritten Quartal 2008 auf 46,9 Punkte. Er liegt damit unter dem kritischen Wert von 50 Punkten, was anzeigt, dass sich die konjunkturelle Stimmung im Vergleich zum Vorquartal verschlechtert hat.

Dies ist das Ergebnis einer Konjunkturumfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, in Zusammenarbeit mit dem Verband der Vereine Creditreform und Neuss, im September 2008 durchgeführt hat.

Die schlechte Stimmung bei den IKT-Dienstleistern spiegelt sich sowohl in

der Bewertung der Geschäftslage als auch der Geschäftserwartungen wieder. Die Ursache dieser Entwicklung ist zum einen der gestiegene Anteil der IKT-Dienstleister, die im dritten Quartal 2008 mit geringerem Umsatz und rückläufiger Nachfrage konfrontiert waren. Der Teilindikator, der die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage der IKT-Dienstleister wiedergibt, liegt im dritten Quartal 2008 bei 44,5 Punkten. Zum anderen trug aber der höhere Anteil an IKT-Dienstleistern, die für das vierte Quartal 2008 mit sinkenden Umsätzen und einer nachlassenden Nachfrage rechnen, zu dieser Entwicklung bei. Der Teilindikator, der die Bewertung der Geschäftserwartungen widerspiegelt, sinkt auf 49,4 Punkte.

Innerhalb des Sektors IKT-Dienstleister zeigt sich als Ursache der trüben Stimmung eine zweigeteilte Entwicklung: einerseits die weniger optimisti-

sche Beurteilung der konjunkturellen Lage durch die Softwareunternehmen, IT-Dienstleister und IKT-Händler und andererseits die deutlich negativere Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Telekommunikationsdienstleister.

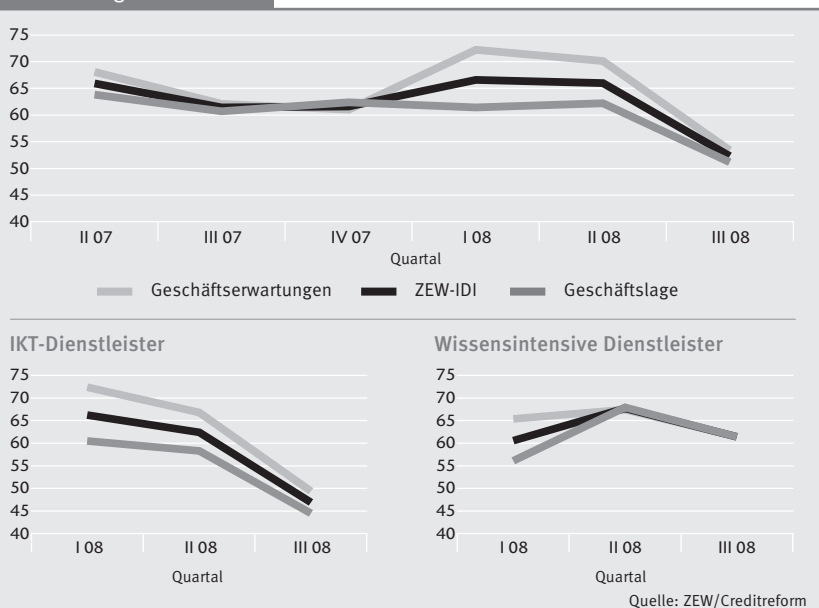
Die konjunkturelle Stimmung bei den wissensintensiven Dienstleistern, also Unternehmen der Branchen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Architekturbüros, technische Beratung und Planung, Forschung und Entwicklung und Werbung, hat sich im dritten Quartal 2008 hingegen nur leicht eingetrübt. Der Stimmungsindikator für die Unternehmen aus den wissensintensiven Dienstleistungsbereichen sinkt im Vergleich zum zweiten Quartal 2008 um 6,3 Punkte auf 61,4 Punkte. Damit bewerten die wissensintensiven Dienstleister ihre konjunkturelle Situation zwar weniger positiv als im Vorquartal, der Indikatorwert drückt aber nach wie vor eine optimistische Stimmung aus.

Dabei hat sich im dritten Quartal 2008 im Vergleich zum Vorquartal bei den Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern die Nachfrage positiv entwickelt. Während im zweiten Quartal 2008 nur knapp zwei Fünftel der Unternehmen von einer gestiegenen Nachfrage berichteten, ist dieser Anteil im dritten Quartal 2008 auf über 50 v.H. gestiegen. Mehr als die Hälfte der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer erwartet für das vierte Quartal 2008 eine zunehmende Nachfrage.

Die technischen Berater und Planer blicken bei den erwarteten Umsätzen und dem erwarteten Personalbestand optimistischer in die Zukunft als noch im Vorquartal. Während im zweiten Quartal 2008 knapp zwei Fünftel der Unternehmen mit einem Anstieg des Umsatzes rechneten, sind es im dritten Quartal etwa ein Drittel der technischen Berater und Planer.

Jenny Meyer, meyer@zew.de

Entwicklung des ZEW-IDI



Zehn Jahre Euro: Neues zu den Handelseffekten der Gemeinschaftswährung

Der Euro feiert demnächst Geburtstag. Seit zehn Jahren bestimmt die europäische Gemeinschaftswährung den wirtschaftlichen Alltag in nunmehr 15 EU-Staaten. Politisch ist sie eine Erfolgsgeschichte, die ökonomischen Implikationen werden jedoch teils kontrovers diskutiert. Eine Debatte entzündet sich an der Frage der Handelseffekte für den Euro-Raum. Aktuelle Forschungsergebnisse lassen auf eine den Handel stimulierende Wirkung des Euro für die Mitgliedsländer schließen. Während ein Effekt zwischen fünf v.H. und zehn v.H. als Konsensus gilt, deuten methodische Neuerungen in der empirischen Messung auf einen größeren Effekt hin.

Die Einführung des Euro mit Beginn des Jahres 1999 war für die empirische Forschung ein Glücksfall: ein natürliches Experiment. Während aus einer Gruppe relativ homogener industrialisierter Staaten einige ihre nationalen Währungen aufgaben, entschieden sich andere dafür, ihre gewohnten Zahlungsmittel zu behalten. Moderne Paneldatentechniken erlauben es Forschern heutzutage, einzelne Effekte dieser Politikmaßnahme präzise und in kausalem Zusammenhang zu analysieren – so auch die Handelseffekte.

Wie der Euro den Handel steigert

Der „Euro-Effekt“ wird nicht direkt durch den Wegfall des Wechselkursrisikos begründet. Ein entsprechender Zusammenhang konnte in der Literatur nie abschließend festgestellt werden. Vielmehr stehen verminderte, nicht wechselkursbedingte Transaktionskosten, ein Effizienzgewinn durch höhere Preistransparenz und reduzierte Markteintrittskosten in den Währungsraum im Mittelpunkt vieler Erklärungsansätze.

Unterstellt man dem Handel generell eine positive Wirkung auf Wachstum und Wohlstandsentwicklung auf aggregierter Ebene, so stellt sich für bisher außen stehende Nationen wie etwa das Vereinigte Königreich die Frage, ob ihnen diese Effekte verwehrt bleiben. Insgesamt wird der Beitrittsentscheidung unter anderem eine Abwägung zwischen eigener Zentralbankautorität und potenziell wohlfahrtssteigernden Handelszuwächsen zu Grunde gelegt. Die Größe des aggregierten Euro-Effekts kann also von entscheidender Bedeutung sein.

Theorie trifft Empirie

Der ökonometrische Werkzeugkasten hält für die Bestimmung einzelner Determinanten von Handelsvolumina ein spezielles Verfahren bereit: die sogenannte „Gravitationsgleichung“. Dieses ursprünglich atheoretische Konstrukt beschreibt das bilaterale Handelsvolumen zweier Länder als eine Funktion ihrer „ökonomischen Masse“, gemessen in Form des BIP, und der Distanz zwischen ihnen – ähnlich der physikalischen Gravitationsformel. In neuerer Forschung bekam diese empirisch sehr erfolgreiche Bestimmungsgleichung ein solides theoretisches Fundament und beinhaltet neben der Distanz vor allem viele weitere Determinanten von Handelskosten. Baldwin und Taglioni (2006) schreiben sie wie folgt:

$$M_{ijt} = E_{it} E_{jt} \left(\frac{T_{ijt}}{P_{it}} \right)^{1-\sigma} \frac{1}{\Omega_{jt}}$$

M_{ijt} steht hierbei für die Importe des Landes i aus Land j im Jahr t .

Die ökonomischen Massevariablen sind durch die Einkommensvariablen E_{it} und E_{jt} beschrieben. Die Modellierung der Handelskosten erfolgt neben der Distanzvariablen über „Dummyvariablen“ binärer Natur, welche Zustände wie Sprachgleichheit, gemeinsame Grenzen der Handelspartner oder eben eine Währungsunion indizieren. Der Preisindex P_{it} stellt einen sogenannten „multilateral resistance term“ dar (Anderson und Van Wincoop 2003). Dieser trägt wichtigen Drittländereffekten auf bilaterale Handelsbeziehungen Rechnung. Da die Wirkung einer Handelskostenreduk-

tion zwischen zwei Ländern unter anderem von deren relativer Offenheit zu anderen Handelspartnern abhängt, ist eine Berücksichtigung für unverfälschte Schätzergebnisse unbedingt notwendig. Wenn beispielsweise Land A mit Land B ein Abkommen schließt, welches Zölle verringert, kommt es für die Wirkung dieser Maßnahme darauf an, wie günstig Land A mit allen anderen Handelspartnern handelt. Ω_{jt} misst als primär mathematisches Konstrukt approximativ die Offenheit des Landes j und beinhaltet dessen Preisindex P_{jt} . σ ist die Substitutionselastizität zwischen verschiedenen Gütern.

Aus obiger Gleichung lässt sich erkennen, dass lediglich die Handelskosten T_{ijt} sowohl von paarspezifischen Effekten, als auch von der Zeit abhängen. In der empirischen Umsetzung lässt sich durch den Einsatz von Dummyvariablen nun für einige Effekte kontrollieren. Alle paarspezifischen Effekte ohne Zeitdimension verschwinden in Länderpaar-Dummies, und länderspezifische, zeitlich variierende Effekte gehen in den Land-pro-Jahr Dummies auf. Daraus ergibt sich folgende Schätzgleichung:

$$\ln M_{ijt} = \alpha_0 + \ln \beta_1 Y_{ijt} + \beta_2 EU_{ijt} + \beta_3 \ln ER_{ijt} + \beta_4 EA2_{ijt} + \beta_5 EA1_{ijt} + \gamma_{it} + \mu_{it} + \delta_{ij} + \varepsilon_{ijt}$$

Sie benennt als direkte Einflussfaktoren auf die bilateralen Importe des Landes i aus Land j , das Produkt der BIPs, eventuelle EU-Mitgliedschaft, die nominalen bilateralen Wechselkurse, sowie die Euro-Indikatoren. Alle weiteren Einflussfaktoren mit oben angesprochenen Charakteristika werden durch die Dummyvariablen aufgefangen.

Der Euro-Effekt – Eine Frage der Interpretation

In der empirischen Umsetzung gemäß obiger Formel finden sich zwei Dummyvariablen, welche die Verwen-

dung des Euro anzeigen. EA2 nimmt den Wert 1 für all diejenigen Länderpaare an, in welchen ab 1999 beide Handelspartner den Euro nutzen. EA1 hingegen erhält nur dann den Wert 1, wenn lediglich einer der Partner (egal welcher) an der Gemeinschaftswährung teilnimmt. Die Einbindung dieser zweiten Euro-Indikatorvariablen ist von entscheidender Bedeutung. Schon in früheren Studien wurde gezeigt, dass einseitige Euronutzung handelssteigernde Wirkung entfaltet. Exporte von Euroländern sind darin im Ausland wettbewerbsfähiger, wenn schon auf früheren Handelsstufen innerhalb der Eurozone Handelskosten eingespart wurden. Das Argument für gestiegene Importe in die Eurozone beruht im Wesentlichen auf der Annahme, dass der Euro die Markteintrittskosten verringern konnte.

Damit hat die Gleichung in obiger Form gegenüber der bestehenden Literatur den Vorteil, die Lösung für das „multilateral resistance“ Problem mit Erkenntnissen über die externe Handelssteigerung zu kombinieren.

Bei der Interpretation der Schätzergebnisse ist dieses Phänomen wie folgt zu bewerten. Versteht man die Variablen EA2, EA1 und EA0 als einen Indikator für die Anzahl der Länder im Länderpaar, die den Euro verwenden, entstehen drei Szenarien: entweder beide, nur eines, oder keines der beiden Länder ist Teil der Währungsunion. Für jedes Szenario gibt es eine entsprechende Dummyvariable. In der Schätzung wird nun eine unterdrückt (EA0) und dient somit als

Referenzgruppen-Indikator. Diese Referenzgruppe verändert sich in entscheidender Weise, abhängig davon, ob EA1 in der Schätzung vertreten ist oder nicht.

- Mit EA1: Nur Länderpaare, in welchen keiner der beiden Partner den Euro verwendet, sind in der Referenzgruppe. Alle anderen Paare sind explizit in den Dummyvariablen EA2 (beide) und EA1 (nur ein Land) berücksichtigt.
- Ohne EA1: Es gibt nur zwei Szenarien. Sowohl Länderpaare ohne Euronutzung, als auch diejenigen, in welchen lediglich ein Land die Gemeinschaftswährung nutzt, sind in der Referenzgruppe zusammengefasst. Nur EA2 wird explizit gemessen und mit dieser Gruppe verglichen.

Unter der Annahme, dass es einen positiven Effekt bei einseitiger Euronutzung gibt, ist der durchschnittliche Handelsfluss in der Referenzgruppe niedriger bei Berücksichtigung des EA1-Dummys in der Schätzgleichung. Da der empirischen Methodik ein Vergleich der gruppenspezifischen Durchschnittswerte über die Zeit zu Grunde liegt, ergibt sich bei Nichtberücksichtigung von EA1 ein nach unten verzerrter Koeffizient von EA2 – der Euro-Effekt wird zu niedrig ausgegeben.

Unterstrichen wird die Bedeutung dieser Interpretation durch das oben angesprochene Beitrittskalkül. Wenn ein der Eurozone nicht angehörendes Land automatisch durch eine Handelssteigerung mit den Euro-Ländern profitiert, bleibt bei einem Beitritt als Handelszuwachs lediglich die Differenz zwischen dem einseitigen und dem beidseitigen Euro-Effekt.

Ergebnisse

Der Euro-Effekt für EA2 zeigt einen Handelszuwachs von etwa 26 v.H. für reine Euro-Paare gegenüber reinen Fremdwährungspaaren und einen positiven Einfluss des Euro von 14 v.H. bei einseitiger Beteiligung im Länderpaar (siehe Tabelle). Die Prozentwerte berechnen sich dabei wie folgt:

$$\Delta v.H. = e^{Koeff.} - 1 * 100$$

Die Bedeutung des EA1-Dummys wird ebenfalls deutlich, da ohne diesen der Effekt nicht mehr existent ist. Letzteres ist das Ergebnis von Baldwin und Taglioni (2006). Die Vervollständigung ihres Ansatzes durch die Berücksichtigung des EA1-Effektes bedeutet die entscheidende „Rettung“ für den Euro-Effekt.

Umfangreiche Tests zur Robustheit der Ergebnisse bestätigen das Muster des höheren Euro-Effektes bei korrekter Definition, d.h. Einbeziehung von EA1. Wichtig bleibt anzumerken, dass die Messung lediglich Durchschnittswerte auf aggregierter Ebene abbildet und einzelne Länder oder Sektoren durchaus unterschiedlich betroffen sein können. Konkretere Messungen haben gezeigt, dass der Euro-Effekt besonders im geografischen Herzen Europas, also in Ländern wie Deutschland, Frankreich und den Niederlanden, verwurzelt ist.

Das Ergebnis eines substanziellen Handelseffektes durch die Euroeinführung kann zukünftiger Forschung auf diesem Gebiet neuen Schwung verleihen. Eine Möglichkeit wäre Wachstums- und Wohlfahrtseffekte auf Basis der expliziten Lösung der Gleichungen für die „multilateral resistance terms“ zu errechnen. Weiterhin ergeben sich interessante Implikationen für das Beitrittskalkül. Unter der Annahme einer synchronisierenden Wirkung gesteigener Handelsvolumina auf Konjunkturzyklen, verringern sich die Kosten der Aufgabe der Zentralbankautorität. In der Eurozone würde sich damit über den Handelskanal eine Tendenz zur endogenen Optimierung der Währungsunion einstellen.

Jan Hogrefe, hogrefe@zew.de

Literatur:

Anderson, J. & van Wincoop, E. (2003), 'Gravity with Gravitas: A Solution to the Border Puzzle', *The American Economic Review* 93(1), 170-192.
Baldwin, R. & Taglioni, D. (2006), 'Gravity for Dummies and Dummies for Gravity Equations', CEPR Discussion Paper Series No. 5850.

Schätzergebnisse für den Euro-Effekt

Koeffizient	Ln Importe Land <i>i</i> aus Land <i>j</i>	
	(1)	(2)
EA2	0,232*** (0,0509)	-0,0179 (0,0182)
EA1	0,125*** (0,0264)	
Beobachtungen	4940	4940
R ²	0,756	0,756
Länder	OECD-20	OECD-20
Zeitraum	1993-2005	1993-2005
Dummies für Jahr, Importer&Jahr, Exporter&Jahr		

Abhängige Variable: log nominaler Importwerte (*i* aus *j*)

Weitere nicht gelistete unabhängige Variablen: nominales BIP, nominale bilaterale Wechselkurse, Kontrollvariable für EU Mitgliedschaft.

Robuste Standardfehler (Clusterbildung zwischen Länderpaaren) in Klammern

*** signifikant auf 1% Niveau

Stigmatisierungseffekte bei Arbeitslosigkeit?

Jede Periode in Arbeitslosigkeit führt für die betreffende Person zu einer erhöhten Wahrscheinlichkeit, später erneut arbeitslos zu werden oder es dauerhaft zu bleiben. Hierfür kann es verschiedene Gründe geben. In einer Studie von Biewen und Steffes (2008) wird analysiert, ob Stigmatisierung ein Grund für diese Persistenz ist. Hierbei geht es um die Frage, ob Arbeitgeber in einer gesamtwirtschaftlich schlechten Lage mit hoher Arbeitslosigkeit dem Tatbestand, dass ein Bewerber arbeitslos ist, geringere Bedeutung zumessen als in der Hochkonjunktur. Die Ergebnisse einer Studie zeigen, dass dies tatsächlich der Fall ist.

Persistenz von Arbeitslosigkeit und deren Ursachen

In der Arbeitsmarktforschung ist es ein stilisiertes Faktum, dass Personen, die in einer Periode arbeitslos sind, dies auch mit höherer Wahrscheinlichkeit in zukünftigen Perioden sein werden. Gründe für ein allgemein hohes Arbeitslosigkeitsrisiko können niedrige Qualifikation, geringe Motivation oder niedrige Produktivität sein. In dem Maße, wie diese persönlichen Eigenschaften über die Zeit persistent sind, erhöhen sie das Risiko zukünftiger Arbeitslosigkeit und erzeugen damit einen indirekten Zusammenhang zwischen gegenwärtiger und zukünftiger Arbeitslosigkeit.

Dennoch kann es auch einen direkten Zusammenhang geben. Demnach erhöht sich das Risiko der Arbeitslosigkeit unabhängig von anderen Faktoren allein dadurch, dass ein Individuum bereits arbeitslos ist oder war. In der empirischen Literatur findet man umfassende Evidenz für die Existenz dieser so genannten Zustandsabhängigkeit, aber wenig empirische Hinweise auf deren Ursachen. Mögliche Gründe können Anreizprobleme der Arbeitslosenversicherung, Entmutigungseffekte von Arbeitslosigkeit oder der durch Arbeitslosigkeit verursachte Verlust von Humankapital sein. Ein weiterer möglicher Grund sind Stigmatisierungseffekte. Stigmatisierung tritt dann auf, wenn Arbeitslose systematisch geringere Chancen auf eine Beschäftigung haben, weil Arbeitgeber ihre Arbeitslosigkeit als negatives Signal werten.

Da Arbeitgeber die produktivsten Bewerber einstellen möchten, deren tatsächliche Produktivität aber vor der Ein-

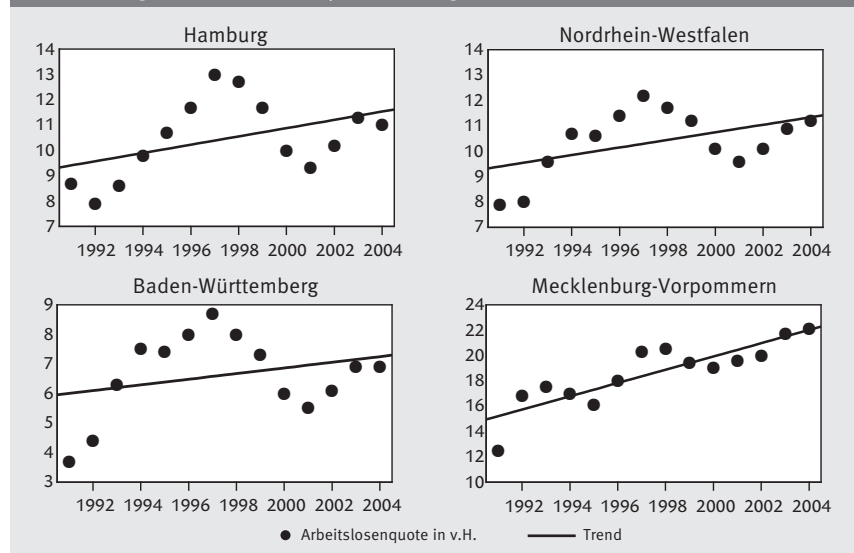
stellung nicht vollständig messbar ist, werden Signale für die Einstellungsentscheidung zugrunde gelegt. Dies können zum Beispiel Einstellungstests und -gespräche sein. Aber auch der Lebenslauf spielt in diesem Zusammenhang eine große Rolle. War oder ist ein Bewerber für einige Zeit arbeitslos, wird dies als Signal für geringe Produktivität gewertet. Lockwood (1991) hat ein theoretisches Modell entwickelt, das zeigt, dass diese Signalwirkung abhängig vom Konjunkturzyklus sein könnte. Die Basis des Modells ist die Annahme, dass die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu sein, bei schlechter Konjunktur steigt. Das bedeutet, dass die Arbeitslosigkeit in diesen Zeiten weniger mit der individuellen Produktivität, sondern vielmehr mit der gesamtwirtschaftlichen Situation zusammenhängt. Wenn Arbeitgeber dies genauso sehen, sollten sie die Signal-

wirkung der Arbeitslosigkeit je nachdem, wo man sich im Konjunkturzyklus befindet, unterschiedlich bewerten. Offen bleibt dabei die Frage, ob Arbeitgeber bei ihrer Entscheidung die aktuelle Situation oder die Situation zum Zeitpunkt vormaliger Arbeitslosigkeit zugrunde legen (in einer Studie für die Vereinigten Staaten wird die vergangene Arbeitslosenquote gewählt, siehe Omori, 1997). Der Umstand, dass die Signalwirkung zyklisch sein könnte, kann dazu genutzt werden, in einer empirischen Analyse die Existenz von Stigmatisierungseffekten bei der Auswahl von neuen Arbeitnehmern zu untersuchen.

Eine empirische Analyse für Deutschland

Für Deutschland gibt es hierzu ein ZEW Discussion Paper von Biewen und Steffes (2008). Neben der Beantwortung der Frage, ob es Stigmatisierungseffekte bei Arbeitslosigkeit gibt, wird der Einfluss verschiedener persönlicher Charakteristika auf die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu sein, geschätzt. Dazu werden Daten des Sozio-ökonomischen Panel Deutschland (SOEP) verwendet. Hierbei handelt es sich um eine jährliche re-

Entwicklung der Arbeitslosenquote in ausgewählten Bundesländern 1990-2004



präsentative Längsschnittstudie privater Haushalte und Personen in Deutschland. Im Jahr 2008 umfasste die Befragung ca. 11.000 Haushalte mit mehr als 20.000 Personen für den Zeitraum von 1991 bis 2004. Die Stichprobe, die in die Analysen eingeht, besteht aus Männern im Alter zwischen 26 und 56 Jahren, die entweder arbeitslos gemeldet waren oder sich in abhängiger Beschäftigung befanden. Es werden keine Daten zu Frauen in die Analyse einbezogen, da deren berufliche Entwicklung oftmals von Perioden freiwilliger Inaktivität auf dem Arbeitsmarkt zum Beispiel durch Schwangerschaft gekennzeichnet ist. Dabei ist nicht eindeutig geklärt, wie dieses Phänomen in der Untersuchung möglicher Stigmatisierungseffekte einbezogen werden soll. Beamte und Beschäftigte in Branchen, die saisonalen Effekten unterliegen sind (Landwirtschaft, Bau, Tourismus), wurden ebenfalls von den Analysen ausgeschlossen.

Das ökonometrische Modell

Als ökonometrische Methode wird ein dynamisches Probit Modell mit korrelierten zufälligen Effekten verwendet. Als Indikator für den Konjunkturzyklus dient der Jahresdurchschnitt der Arbeitslosenquote auf der Ebene des jeweiligen Bundeslandes. Um diese von Niveau- und Trend-Effekten zu bereinigen, wird die Abweichung vom langfristigen Trend

berechnet und für die Analysen verwendet. Wie am Beispiel von vier Bundesländern (s. Abbildung) zu sehen ist, lässt sich damit der Verlauf eines Konjunkturzyklus sehr gut abbilden. Dieser Indikator wird mit dem Erwerbszustand der vergangenen Periode multipliziert und zur Identifikation von Stigmatisierungseffekten genutzt. Wäre der Koeffizient des Interaktionsterms positiv, würden Arbeitslose bei schlechter Konjunktur – verglichen mit Personen, die sich in einem Arbeitsverhältnis befinden – noch schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben als sonst. Ein negativer Koeffizient würde bedeuten, dass sich die Abhängigkeit früherer Arbeitslosigkeit bei schlechter Konjunktur verringert.

Um die Frage zu beantworten, ob Arbeitgeber sich auf die aktuelle konjunkturelle Situation oder die Situation während der vergangenen Arbeitslosigkeit beziehen, werden zwei Varianten getestet. Einmal wird die Interaktion von Zustandsabhängigkeit mit der aktuellen und zum anderen mit der vergangenen Trend-Abweichung der Arbeitslosenquote verwendet. Neben den Interaktionstermen werden beide Variablen jeweils getrennt sowie Jahres- und Regionendummies in die Spezifikation aufgenommen. Weiterhin gehen das Alter, der Familienstand sowie die Existenz von Kindern im Haushalt, die Ausbildung, Nationalität, eine eventuelle Behinderung sowie der Erwerbszustand zu Be-

ginn der Beobachtungsperiode in die Schätzungen mit ein.

Ergebnisse

Die Ergebnisse von Biewen und Steffes (2008) sind in der Tabelle zu sehen. Spalte A beinhaltet die Ergebnisse mit einem Interaktionsterm der aktuellen Trendabweichung der Arbeitslosenquote und Spalte B die Ergebnisse der entsprechenden Interaktion mit der Quote aus dem Vorjahr. Es zeigt sich, dass eine negative Trendabweichung der aktuellen Arbeitslosenquote tatsächlich mit signifikant geringerer Zustandsabhängigkeit verbunden ist. Für die verzögerte Arbeitslosenquote kann hingegen kein signifikanter Effekt gefunden werden. Dies bedeutet, dass Arbeitgeber bei ihrer Einstellungsentscheidung die aktuelle konjunkturelle Situation berücksichtigen, und in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit weniger Gewicht auf eine etwaige Arbeitslosigkeit des Bewerbers legen. Neben diesem Ergebnis wird deutlich, dass es eine hohe Abhängigkeit des aktuellen Erwerbszustands vom vorjährigen Erwerbszustand gibt. Also existieren neben Stigmatisierung andere Gründe für Zustandsabhängigkeit. Betrachtet man den Einfluss individueller Charakteristika auf das Risiko, arbeitslos zu sein, findet man, dass eine höhere Bildung das Risiko senkt. Staatsbürger eines Staates außerhalb der EU zu sein, erhöht es hingegen. Während jüngere Personen ein niedrigeres Arbeitslosigkeitsrisiko haben (der Effekt nimmt mit zunehmendem Alter ab), wirken sich die Familienumstände nicht signifikant aus.

Zusammengefasst zeigen Biewen und Steffes (2008), dass Arbeitgeber die konjunkturelle Situation bei der Auswahl ihrer Beschäftigten berücksichtigen. Stigmatisierung kann also ein Grund für ein erhöhtes Arbeitslosigkeitsrisiko sein. Mit diesem Ergebnis liefert die Studie einen Beitrag zur Erklärung der hohen und persistenten Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland.

Susanne Steffes, steffes@zew.de

Literatur

- Biewen, M. and S. Steffes (2008), Unemployment Persistence: Is There Evidence for Stigma Effects?, ZEW Discussion Paper No. 08-57, Mannheim.
 Lockwood, B. (1991), Information Externalities in the Labour Market and the Duration of Unemployment, *Review of Economic Studies* 58, 733-753.
 Omori, Y. (1997), Stigma Effects of Nonemployment, *Economic Inquiry* 35, 394-416.

Ergebnisse der dynamischen Probit Schätzungen

Variablen	(A)	(B)
Erwerbszustand letzte Periode	1,440** (0,068)	1,405** (0,068)
Interaktion Erwerbszustand letzte Periode und Trendabweichung aktuelle Periode	-0,180** (0,045)	
Interaktion Erwerbszustand letzte Periode und Trendabweichung letzte Periode		-0,008 (0,045)
Trendabweichung Arbeitslosenrate	0,253** (0,040)	0,216** (0,04)
Alter	-0,101* (0,049)	-0,099* (0,049)
Alter ²	0,001* (0,001)	0,001** (0,001)
Verheiratet	-0,145 (0,130)	-0,143 (0,13)
Kinder im Haushalt	-0,053 (0,096)	-0,055 (0,096)
Universitätsabschluss	-0,446** (0,093)	-0,452** (0,093)
Abitur und Lehre	-0,176* (0,081)	-0,179* (0,081)
Nicht-EU Bürger	0,380** (0,086)	0,379** (0,086)
Konstante	-1,410* (0,667)	-1,424* (0,667)

Quelle: Eigene Berechnungen mit dem Sozio-ökonomischen Panel Deutschland 1992-2004

Bemerkungen: * = signifikant zum Niveau 5%, ** = signifikant zum Niveau 1%

Weitere Kovariate, deren Koeffizienten hier nicht gezeigt werden, sind: Jahresdummies, Erwerbsstatus zu Beginn der Beobachtungen, Behinderung, Regionaldummies, Durchschnitte einiger persönlicher Charakteristika

Maßzahlen zur Erfassung internationaler Konjunkturzusammenhänge

Die Weltwirtschaft steckt in einer Krise. Viele Länder in der Eurozone und in der übrigen Welt befinden sich bereits in einer technischen Rezession, andere stehen kurz davor. Die aktuelle Entwicklung verdeutlicht, in welchem Maß globale Ereignisse zu einem konjunkturellen Gleichlauf von Volkswirtschaften führen können. Perfekt korreliert sind die Konjunkturzyklen einzelner Länder allerdings nicht: Manche sind aufgrund ihrer sektoralen Struktur und wirtschaftlichen Integration früher von einem Abschwung betroffen und stärker miteinander verbunden als andere. In diesem Beitrag werden einfache Statistiken vorgestellt, die einen tieferen Einblick in internationale Konjunkturzusammenhänge ermöglichen.

Dieser Beitrag untersucht, ob es Ähnlichkeiten bei den Konjunkturzyklen einzelner Länder der Eurozone sowie der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs und Japans mit dem eurozonenweiten Konjunkturzyklus gibt. Er untersucht, welche Länder generell der Konjunkturentwicklung in der Eurozone vor oder nachlaufen.

Methoden

Die im Folgenden erklärten Kennzahlen entstammen der Methodik der Frequenzanalyse. Nützliche Konzepte zur Bestimmung der Korrelation zwischen Konjunkturzyklen einzelner Länder und einem Referenzzyklus sind die Kohärenz und die dynamische Korrelation.

- Kohärenz stellt das frequenzanalytische Gegenstück zur Kreuzkorrelation im Zeitbereich dar und nimmt Werte zwischen 0 und 1 an. Diese Maßzahl berücksichtigt allerdings nicht eventuelle Phasenverschiebungen, d.h. sie ist völlig unabhängig von den jeweiligen Positionen zweier Konjunkturzyklen im Zeitablauf. Die Kohärenz bestimmt lediglich, ob zwei Zyklen unabhängig von der zeitlichen Position ein ähnliches Muster aufweisen oder nicht.
- Das Konzept der dynamischen Korrelation, eingeführt von Croux, Forni und Reichlin (2001), ist eine Kennziffer für die Korrelation zwischen Zeitreihen im Frequenzbereich, welche die Phasenverschiebung beachtet. Ebenso wie die Kohärenz wird sie entweder für einzelne Frequenzen oder über ein bestimmtes Fre-

quenzband berechnet. Die dynamische Korrelation kann Werte zwischen -1 und 1 annehmen. Der numerische Wert der dynamischen Korrelation entspricht dem Wert des (statischen) Korrelationskoeffizienten, wenn der gesamte Frequenzbereich betrachtet wird.

- Eine dritte Maßzahl ist die Phasendifferenz, welche die Verschiebung im Zeitablauf zwischen zwei Reihen für einzelne Frequenzen (oder über ein Frequenzband) aufzeigt. Die Phasendifferenz informiert über die relative zyklische Position eines Landes im Vergleich zu einem Referenzzyklus. Auf diese Weise können die Vor- und Nachlaufbeziehungen zwischen Zyklen erfasst werden.

Die Konzepte der Kohärenz, der dynamischen Korrelation und der Phasendifferenz sind eng miteinander verbunden: Liegt in einem Frequenzbereich eine geringe Phasenverschiebung vor, dann sind der absolute Wert der dynamischen Korrelation und der Wert der Kohärenz nahezu identisch. Ist im Gegensatz dazu die Phasenverschiebung ausgeprägt, dann resultieren daraus beträchtliche Unterschiede zwischen Kohärenz und dynamischer Korrelation.

Ergebnisse

Die Grundlage des Referenzzyklus der Eurozone ist das aggregierte BIP der zwölf Länder, die seit Ende des Jahres 2006 Mitgliedstaaten sind. Es wurden ebenfalls Referenzzyklen betrachtet, die das BIP des Landes, mit dem Korrelatio-

nen berechnet werden, jeweils herausrechnen. Die Ergebnisse änderten sich dadurch aber kaum, sodass auf die Angabe dieser Resultate verzichtet wird. Da nicht die Ausprägungen von Kohärenz, dynamischer Korrelation und Phasenverschiebung für jede einzelne Frequenz interessant sind, werden die Mittelwerte von diesen Maßgrößen über Frequenzbänder, welche nur die bedeutendsten Schwankungen der Zyklen enthalten, wiedergegeben.

Die Abbildung zeigt die Schätzungen der Kohärenz und Phasenverschiebung für die beiden Beobachtungszeiträume vom ersten Quartal 1980 bis zum vierten Quartal 1998 sowie vom ersten Quartal 1999 bis zum vierten Quartal 2006. Die Tabelle enthält entsprechende Einträge für die dynamischen Korrelationen. Anhand der Veränderung der Kennziffern über die beiden Zeiträume soll geprüft werden, ob und in welche Richtung die fortschreitende Integration in Europa und die Einführung der gemeinsamen Währung den Konjunkturzusammenhang verändert haben.

Die Abszisse der Abbildung zeigt die Phasenverschiebung, welche die Position des Konjunkturzyklus jedes einzelnen Landes relativ zum Zyklus der Eurozone angibt. Ein positiver Wert X bedeutet, dass der Zyklus des jeweiligen Landes dem Eurozonezyklus X Quartale voraus läuft. Die Ordinate gibt die Maßzahl für die Kohärenz an. Man sollte jedoch beachten, dass eine zuverlässige Interpretation der Phasenverschiebung nur dann möglich ist, wenn die Kohärenz hinreichend groß ist. Die Berechnung einer zeitlichen Verschiebung zweier Konjunkturzyklen, die nur wenig Ähnlichkeit in Bezug auf die Schwingungsdauer und Amplitude aufweisen, erscheint wenig sinnvoll.

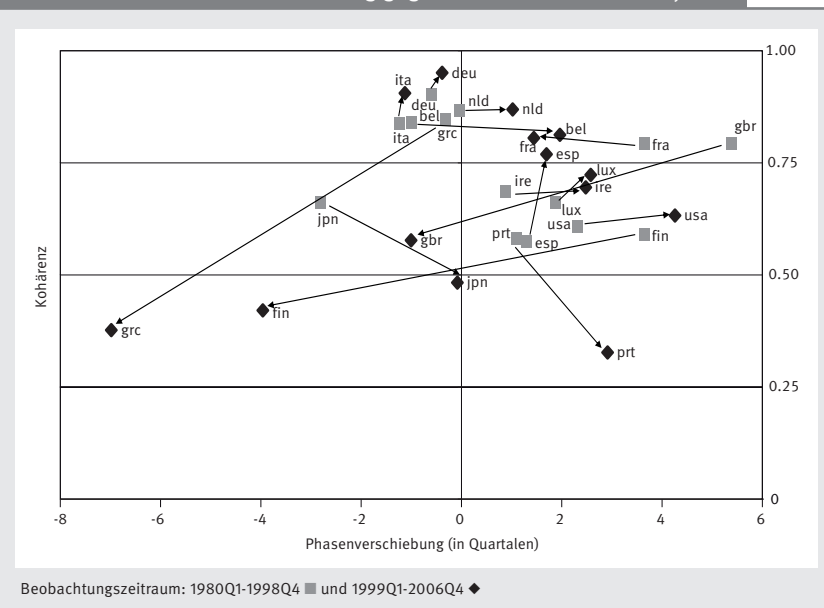
An den Pfeilen, welche die Veränderungen der Schätzungen über die beiden Zeiträume visualisieren, ist deutlich zu erkennen, dass von den Eurozonenländern insbesondere Griechenland und Portugal den Zusammenhang zur euro-

zonenweiten Konjunktur verloren haben. In beiden Fällen ist die Kohärenz stark zurückgegangen und die Phasendifferenz hat sich vergrößert. Der Gesamteffekt zeigt sich in der dynamischen Korrelation, welche für Griechenland im Beobachtungszeitraum ab dem Jahr 1999 einen Wert von 10 v.H. und für Portugal einen Wert von 1 v.H. annimmt.

Die Zyklen der Niederlande und Belgiens haben sich im Zeitverlauf zu Vorläufern des Aggregatzyklus entwickelt. Belgiens Konjunkturvorlauf, welcher häufig mit seiner Spezialisierung auf die Produktion von Zwischengütern, mit seiner großen Offenheit und mit seinem großen Anteil und kleinen und mittleren Unternehmen begründet wird, beträgt circa zwei Quartale. Das heißt also, dass ein konjunktureller Wendepunkt, der sich aktuell am belgischen Konjunkturzyklus ablesen lässt, nach zwei Quartalen erfahrungsgemäß ebenso in der Eurozone auftreten sollte.

Für Deutschland und Italien hingegen wurde der Konjunkturzusammenhang zum Aggregat größer. Obwohl beide Länder schon vor dem Jahr 1999 stark mit dem Eurozonenzyklus korreliert waren, nahm die Korrelation seit der Euro-Einführung sogar noch zu. Die Konjunktur in diesen Ländern verlief seit dem Jahr 1999 fast phasengleich zur Eurozone. Der französische Konjunkturzyklus läuft dem Zyklus der Eurozone zwar immer noch voraus, die Phasendifferenz hat sich allerdings zwi-

Kohärenz und Phasenverschiebung gegenüber dem Eurozonenzyklus



schen beiden Beobachtungszeiträumen verkleinert, wodurch bei unveränderter Kohärenz die dynamische Korrelation zugenommen hat. Frankreichs Zyklus hängt heute stärker mit der Eurozone zusammen als noch in den achtziger und neunziger Jahren. Spanien hat sich ebenfalls konjunkturell dem Aggregat angenähert.

Betrachtet man die Zyklen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs sowie Japans gegenüber der Eurozone, so ist an den geschätzten Kohärenzen in beiden Beobachtungszeiträumen zu erkennen, dass das Muster des US-amerikanischen Konjunkturzyklus und des eurozonenweiten Zyklus etwas ähnlicher, das des japanischen und des eurozonenweiten dagegen klar heterogener geworden sind. Japans Wirtschaft steckte in den neunziger Jahren in einer tiefen Bankenkrise und zeigte eine sehr flache BIP-Entwicklung ohne größere zyklische Schwankungen. Die konjunkturelle Entkopplung Japans von Europa geht auf die japanische Entwicklung seit Beginn der neunziger Jahre zurück. Der Vorlauf des amerikanischen Konjunkturzyklus ist seit dem Jahr 1999 noch ausgeprägter als zuvor. Die geschätzte Phasenverschiebung beträgt für den zweiten Beobachtungszeitraum 4,3 Quartale gegenüber einem Vorlauf von 2,3 Quartalen für den ersten Schätzzeitraum. Die dynamische Korrelation ging von 46 v.H. auf 37 v.H. zurück.

Das Konjunkturmuster des Vereinigten Königreichs hat sich über die beiden betrachteten Zeiträume stark an die Eurozone angenähert. Die dynamische Korrelation ist von 11 v.H. auf 56 v.H. gestiegen, was insbesondere auf eine Phasenangleichung zurückzuführen ist. Obwohl sich das Vereinigte Königreich dem wichtigen Integrationsschritt, der Einführung des Euros verweigerte, näherte es sich zumindest aus konjunktureller Sicht der Eurozone an.

Fazit

Eine gemeinsame europäische Geldpolitik lässt sich umso wirksamer durchführen, je gleichmäßiger die Konjunkturen der Mitgliedstaaten getaktet sind. Die meisten Länder der Eurozone weisen in der Tat einen hohen konjunkturellen Gleichlauf auf. Griechenland, Portugal und Finnland haben im Zeitraum nach der Euroeinführung den Zusammenhang mit der Eurozone allerdings erheblich gelockert. Eine synchronisierende Wirkung zunehmender Integration durch die Euroeinführung kann demnach für die zentralen europäischen Länder vermutet werden, nicht aber für die in der Peripherie gelegenen Volkswirtschaften der Eurozone.

Dr. Marcus Kappler, kappler@zew.de

Literatur
Croux, C., Forni, M. and Reichlin, L. (2001): A Measure of Comovement for Economic Variables: Theory and Empirics, *The Review of Economics and Statistics*, Vol. 83(2), 232-241.

Dynamische Korrelationen gegenüber dem Eurozonenzyklus

	1980Q1 – 1998Q4	1999Q1 – 2006Q4
Belgien (bel)	0,85	0,76
Deutschland (deu)	0,86	0,95
Spanien (esp)	0,45	0,71
Finnland (fin)	0,31	0,30
Frankreich (fra)	0,56	0,76
Griechenland (grc)	0,81	0,10
Irland (ire)	0,67	0,62
Italien (ita)	0,84	0,87
Luxemburg (lux)	0,53	0,59
Niederlande (nld)	0,86	0,84
Portugal (prt)	0,09	0,01
Ver. Königreich (gbr)	0,11	0,56
Japan (jpn)	0,61	0,48
Ver. Staaten (usa)	0,46	0,37

Über Krisen und Konjunkturprogramme

In Zeiten eines konjunkturellen Abschwungs stellt sich die Frage nach einem Konjunkturprogramm. So ist aktuell eine Debatte über Maßnahmen zur Stimulation der Wirtschaftsleistung entbrannt – allerdings oft wenig fundiert. Einige Aspekte, wie sie unter anderem im Jahresgutachten des Sachverständigenrats diskutiert werden, verlangen Berücksichtigung.

Ein erster wesentlicher Punkt für die Beurteilung eines Konjunkturprogramms ist der Wirkungsmechanismus der Maßnahmen für die kurze sowie die lange Frist. Ziel eines staatlichen Eingriffs in Krisenzeiten ist primär die Glättung kurzfristiger Schwankungen. Gleichzeitig ist es jedoch eine zentrale Aufgabe der Politik, einen effizienten Rahmen zu schaffen, der dauerhaftes Wachstum ermöglicht. Ein rein auf den Ausgleich des Konjunkturzyklus fokussiertes Vorgehen hat an sich keine Legitimation: es verpufft in der Regel ohne nachhaltige Wirkung auf das Produktionspotenzial und hinterlässt nur eine höhere Staatsverschuldung. Um die notwendigen Kosten zu rechtfertigen darf ein Maßnahmenpaket daher nicht ein reines „Konjunkturprogramm“ darstellen, sondern sollte immer den langfristigen Ertrag für eine Volkswirtschaft im Blickfeld haben. So führt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem aktuellen Jahresgutachten 2008/09 den passenden Begriff einer „konjunkturgerechten Wachstumspolitik“ ein.

Darüber hinaus steht der politische Akteur vor dem Problem die negativen Wohlfahrtseffekte auf Konsumentenebene möglichst passgenau durch das Konjunkturprogramm auszugleichen. Grundsätzlich wird angenommen, dass Haushalte risikoavers sind, womit konjunkturbedingte Konsumschwankungen ei-

nen negativen Einfluss auf den Nutzen eines Individuums ausüben. Allerdings besteht hinsichtlich der genauen funktionalen Form einer Nutzenfunktion Unsicherheit, was die Quantifizierung der Wohlfahrtsverluste deutlich erschwert. Die empirische Literatur hat auf rein makroökonomischer Ebene lediglich geringe negative Effekte konjunktureller Schwankungen feststellen können, welche den Umfang eines Konjunkturprogramms einschränken würden. Makroökonomische Schocks sind jedoch in der Regel mit idiosynkratischen Risiken wie erhöhter Arbeitslosigkeit korreliert. Bezieht man diese individuellen Risiken mit ein, so erhält man durchaus substanzielle Wohlfahrtsverluste von konjunkturellen Schwankungen.

Ein weiterer in der Literatur unstrittiger Punkt ist die Wichtigkeit der Terminierung staatlicher Eingriffe. Es besteht die Gefahr, dass in Zeiten der Krise ex-ante antizyklisch intendierte staatliche Aktivitäten zur Nachfragesteigerung ihre Wirkung mit Verzögerung entfalten. So kann ex-post der Nachfrageimpuls prozyklisch in die Zeit des folgenden konjunkturellen Aufschwungs fallen, wodurch ein Nachfrageüberschuss entsteht, der Inflationsgefahren bergen kann. Von besonderer Bedeutung scheint hierbei die Flexibilität der Maßnahmen, sodass das Konjunkturprogramm mit dem zeitlich schwer vorhersehbaren Beginn des Aufschwungs eingestellt werden kann.

Die Festlegung des geeigneten Umfangs eines Konjunkturpakets gestaltet sich wegen mangelnder Erfahrungs- und Vergleichswerte schwierig. Kaum eine Krise gleicht der anderen und es existieren nahezu keine verlässlichen Daten, die konjunkturelle Effekte oder gar Wachstumsimpulse an konkreten Kriseninterventionsmaßnahmen festmachen. Darüber hinaus haben gerade konsumorientierte Stimulationspakete das Problem von der Wahrnehmung der Verbraucher abhängig zu sein. Letztere unterliegt jedoch häufig Faktoren jenseits des für die Politik Beeinflussbaren.

Nicht zuletzt liegt in den Tiefphasen der Konjunktur eine Chance der nachhaltigen Erneuerung für eine Ökonomie. Im Wettbewerb um Aufträge und Marktanteile erhöht sich gerade in der Rezession der Innovationsdruck auf die Unternehmen stark. Eine Konjunkturdynamik kann, ganz im Sinne Joseph Schumpeters, aus wohlfahrtstheoretischer Sicht durchaus positiv sein. Die Regierung kann eine zusätzliche Förderung des Innovationsprozesses in Betracht ziehen, sollte aber in diesem Fall keinen Bestandsschutz des Status quo mit Hilfe der Konjunkturspritze versuchen. Eventuell gehen von einem konjunkturellen Einbruch Anreize aus, durch institutionelle Reformen die Innovationsstruktur nachhaltig zu verbessern. Über die direkt unternehmerischen Implikationen hinaus kann in einer Krise die Bereitschaft zu umfassenden Reformen mit dem Ziel der allgemeinen institutionellen Flexibilisierung steigen. Eine komplette Glättung des Konjunkturzyklus erscheint daher wenig sinnvoll.

*Claudia Busl, busl@zew.de
Jan Hogrefe, hogrefe@zew.de*

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW Wachstums- und Konjunkturanalysen, erscheint vierteljährlich.

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim · L 7, 1 · 68161 Mannheim
Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz (Präsident) · Thomas Kohl (kaufmännischer Direktor)

Redaktion: Dr. Marcus Kappler, Telefon 0621/1235-157, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: kappler@zew.de
Steffen Osterloh, Telefon 0621/1235-165, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: osterloh@zew.de
Andreas Sachs, Telefon 0621/1235-145, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: sachs@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2008